

«Die Art und Weise war ärgerlich und unfair»

Interview S.D. des Erbprinzen von und zu Liechtenstein mit Herrn Martin Spieler von der SonntagsZeitung

Publikation: 11. September 2016

Durchlauch, lange hatte sich Liechtenstein vehement gegen die Abschaffung des Bankgeheimnisses für ausländische Kunden gewehrt, doch jetzt praktiziert das Land den automatischen Informationsaustausch (AIA) noch vor der Schweiz: Was erhoffen Sie sich?

S.D. Erbprinz Alois: Dass endlich alle Diskriminierungen gegen Liechtenstein wegfallen. Die Einführung des AIA hat allerdings viel Bürokratie und hohe Kosten beim Staat und den Banken zur Folge. Aber wir hatten keine andere Wahl.

Wenn Sie auf den internationalen Druck zurückblicken: Welche Gefühle kommen bei Ihnen auf?

S.D. Erbprinz Alois: Das war für uns eine extrem schwierige Zeit, als wir von allen Seiten unter Beschuss gerieten. Die Angriffe haben immerhin dazu geführt, dass wir uns früher als andere Länder mit dem neuen Zeitalter des Informationsaustausches auseinandergesetzt und diesen schneller umgesetzt haben. Wir hatten so früh erkannt, dass die Hochsteuerländer der EU mit allen Mitteln zu mehr Steuersubstrat kommen wollen.

Ausgerechnet Sie haben in Liechtenstein den AIA umgesetzt, obwohl Sie immer kritisiert hatten, dass der AIA aus unbescholtenen Bürgern gläserne Bürger macht und die staatliche Überwachung zunimmt.

S.D. Erbprinz Alois: Der automatische Informationsaustausch wird vor allem dort zu einem Problem, wo Staaten die ausgetauschten Daten nicht vertraulich behandeln. Ich fürchte, dass auch einige EU-Staaten in dieser Hinsicht noch Verbesserungsbedarf haben.

Ist Liechtenstein jetzt wirklich in jeder Hinsicht steuerkonform wie es die EU vorschreibt?

Ab 2017 werden wir mit allen EU Staaten den AIA praktizieren. Dieser Weg ist heute bei uns breit akzeptiert, auch wenn die Finanzfirmen nicht glücklich über die zusätzlichen Kosten sind.

Ist der Finanzplatz Liechtenstein durch die Einführung des AIA geschrumpft?

Es gab zeitweise erhebliche Vermögensabflüsse, auch weil von Kunden Steuerstrafen gezahlt werden mussten. Das Ausmass der Abflüsse war aber verkraftbar. Heute nehmen die verwalteten Vermögen wieder zu, weil Kunden Sicherheit suchen. Unsere Banken stehen heute besser da, auch ohne Steuervorteile.

Auch Ihre Fürstenbank LGT, die im Zentrum des Sturms stand?

Der LGT geht es wieder sehr gut. Zusammen mit der UBS gehörte die LGT zu den Banken, welche als Erste wegen Steuerfragen international massiv unter Druck kamen. Dafür konnten wir früh neue Strukturen schaffen. Bei der LGT hat sich das Kundenvermögen sehr positiv entwickelt.

Planen Sie die Abschaffung des Bankgeheimnisses und den Datenaustausch auch intern in Liechtenstein?

Nein, in Liechtenstein ist das kein Thema. Das wäre nicht mehrheitsfähig. Ich sehe auch keinen Bedarf. Diejenigen, die Steuern hinterzogen haben, sind sich bewusst, dass sich die Zeiten geändert haben.

Die Panama Papers haben allerdings gezeigt, dass es weiter Finanzplätze gibt, die es mit der Regulierung viel lockerer nehmen. Dazu zählen Offshore-Paradiese in Grossbritannien und den USA: Ärgert Sie dies?

Schon. Die Art und Weise wie gegen Liechtenstein vorgegangen wurde, war ärgerlich und unfair. Man hatte einfach einen Kleinstaat ausgesucht, um ein Exempel zu statuieren. Dann kam die Schweiz dran. Bei den Unternehmenssteuern erging es unlängst Luxemburg sehr ähnlich. Es ist leider generell zu beobachten, dass die grossen Länder, die Regeln selbst festlegen und für sich Ausnahmen machen.

Sie meinen die USA.

Es bestehen international nicht gleich lange Spiesse für alle. Als Kleinstaat haben wir nicht die militärische oder wirtschaftliche Macht, um unsere Interessen durchsetzen zu können. Dennoch funktioniert es nicht mehr lange, ungesteuertes Vermögen von einem Finanzplatz zum anderen zu verschieben. Das machen auch die Panama Papers deutlich. Für jene, die keine Steuern zahlen wollen, gibt es kaum noch Alternativen auf der Welt. Zunehmend wichtiger als die Steuern wird für die Kunden allerdings die Sicherheit eines Finanzplatzes.

Gerade Europa geht durch unsichere Zeiten. Wie beurteilen Sie die Perspektiven für Europa?

Europa befindet sich mit dem Brexit, der Eurokrise und der Flüchtlingsproblematik in einer sehr schwierigen Situation. Gleichzeitig besteht eine grosse Uneinigkeit innerhalb der EU über den Weg für die Zukunft. Daher stufe ich die Perspektiven für Europa ungünstig ein.

Fällt Europa auseinander?

Ich erwarte zwar vorderhand nicht weitere Austritte von EU-Staaten. Man will zuerst sehen, wie es Grossbritannien nach dem Austritt geht. Es ist aber ein Prozess angelaufen, der grosse Veränderungen für Europa und die EU mit sich bringt. Schon in ein paar Jahren wird die EU anders aussehen.

Kann der Euro noch überleben?

Das ist aus meiner Sicht die heikelste Frage. Es wird auch künftig einen europäischen Binnenmarkt geben. Aber beim Euro habe ich Zweifel. Die Art und Weise wie er konstruiert wurde, beinhaltet grosse Probleme. Es braucht beim Euro tief greifende Veränderungen. Es ist fraglich, ob diese im jetzigen politischen Umfeld der EU noch möglich sind.

Wie muss sich die EU verändern?

Es braucht wahrscheinlich eine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Eine gemeinsame Währung bedingt eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, weil die einzelnen Länder im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihre Währung nicht mehr abwerten können. Die EU ist aber kein Bundesstaat mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Zudem braucht es durch den EU-Austritt von Grossbritannien neue Strukturen.

Könnte der EWR, dem Liechtenstein angehört, mit Grossbritannien, neu belebt werden?

Ich halte es für unwahrscheinlich, dass Grossbritannien dem EWR beitrifft. Dann müsste Grossbritannien Regeln wieder übernehmen, die mit ein Grund waren, dass man sich für den Austritt aus der EU entschieden hat. Auch müsste das Land zuerst der EFTA beitreten. Da hätte die Schweiz einiges mitzureden.

Die grosse Unsicherheit in der EU und das Risiko eines Eurozusammenbruchs sind keine rosigen Aussichten für Liechtenstein und die Schweiz, welche wirtschaftlich von der EU abhängen.

Das beinhaltet für beide Länder grosse Risiken. Für Liechtenstein sehe ich aber durch den Brexit auch Chancen. Liechtenstein gewährleistet als EWR-Mitglied den freien Zugang zum europäischen Wirtschaftsraum. Sollte Grossbritannien diesen freien Zugang verlieren, wäre Liechtenstein ein attraktiver Alternativstandort für Unternehmen, die diesen freien Zugang bisher über Grossbritannien gesucht hatten. Wir wissen bereits von Unternehmen, die sich für Liechtenstein interessieren.

Ein EU-Beitritt ist für Liechtenstein kein Thema?

Sofern sich die Strukturen der EU nicht grundsätzlich ändern und für Kleinstaaten grössenverträglicher werden, fahren wir mit dem EWR wesentlich besser. Gerade angesichts der derzeitigen gewaltigen Probleme würde ein EU-Beitritt vermutlich auch vom liechtensteinischen Volk abgelehnt werden.

Erwarten Sie, dass sich die Krise in Europa verschärft und es zu Verwerfungen kommt?

Ich bin in Sorge um Europa. Ich fürchte, dass wir in eine sehr heikle Phase kommen, wenn nicht die richtigen Schritte eingeleitet werden. In der Bevölkerung in Europa bestehen grosse Ängste und Unsicherheit wegen der Flüchtlingsproblematik und der Eurokrise. Wenn man diese Ängste nicht ausräumt, wird es für Europa sehr schwierig.

Wo führt dies hin?

Die Unsicherheit führt dazu, dass in vielen europäischen Staaten extreme Randparteien Zulauf bekommen. So wird es umso schwieriger, zwischen den EU-Staaten Lösungen zu finden. Das setzt eine Negativspirale in Gang. Liechtenstein und die Schweiz sind geographisch mitten in Europa. Wir sind direkt betroffen, wenn es Europa schlecht geht. Das bereitet mir grosse Sorgen.

Wie soll auf die Ängste in der europäischen Bevölkerung reagiert werden?

Die EU-Politiker müssen dem Volk genauer zuhören und auf die Ängste eingehen. Man muss ehrlich sein und aufzeigen, wie man die Probleme lösen will und die Krisen in den Griff bekommen will. Momentan rennen die EU-Politiker von einer Feuerwehr-Löschaktion zur nächsten. Das trägt zusätzlich zur Verunsicherung bei. Offensichtlich ist dies in der Flüchtlingsproblematik.

Welche Rezepte sehen Sie für die Flüchtlingskrise?

Ich kann nur für Liechtenstein sprechen. Einerseits bereiten wir uns so gut wie möglich auf die Abwicklung eines neuen Flüchtlingsstroms vor, andererseits zeigen wir uns mit den anderen Schengen-Staaten solidarisch und übernehmen auch einen unserer Grösse angemessenen Anteil an Flüchtlingen aus Syrien.

Allerdings ist gerade Liechtenstein für eine extrem strenge Einwanderungspolitik bekannt.

Das bleibt so. So sehr man Flüchtlingen helfen möchte und betroffen von deren Leid ist, muss man sich im Zeitalter der modernen Kommunikation bewusst sein, welche Signale man aussendet. Letztlich ist man als Politiker zunächst einmal gegenüber seinen eigenen Bürgern verantwortlich. Man darf nur Entscheide treffen, die für die Bürger nachvollziehbar sind und von ihnen auch getragen werden.

Was würde es für Liechtenstein bedeuten, wenn die Schweiz ihre Grenzen wegen der Flüchtlingskrise strenger bewachen würde?

Der Wirtschaftsaustausch würde behindert. Das würden wir bedauern. Aber ich habe Verständnis für diese Forderungen in der Schweiz. Als Staat muss man kontrollieren können, wer in ein Land hinein kommt.

Innerhalb von Schengen ist dies aber nicht mehr möglich.

Dauerhafte Einschränkungen des Personenverkehrs sind nicht mehr möglich. Im Krisenfall kann man aber die Landesgrenzen für eine bestimmte Zeit wieder hochfahren. Wenn die Flüchtlingskrise anhält, wird man jedoch nicht darum herumkommen, die Schengen-Regeln zu verschärfen.

Wo wünschen Sie sich Verbesserungen im Verhältnis mit der Schweiz?

Die Schweiz ist der Staat, zu dem wir die engsten Beziehungen haben. Dies werden wir auch betonen, wenn im Oktober Liechtenstein Gast an der Olma in St. Gallen ist. Selbst bei engen Verhältnissen – etwa in Familien – gibt es immer auch Verbesserungsmöglichkeiten. Ein Thema, das momentan unsere Beziehung zur Schweiz etwas belastet, ist die Erbringung von Dienstleistungen im grenznahen Bereich. Bevor die Schweiz die flankierenden Massnahmen gegenüber der EU umgesetzt hat, war es für Liechtensteiner KMU problemlos möglich, ihre Dienstleistungen auf der Schweizer Seite anzubieten. Seither ist es aber schwieriger geworden. Derzeit sind liechtensteinische Unternehmen benachteiligt, weil die Hürden für Schweizer Unternehmen in Liechtenstein niedriger sind. Ich hoffe, dass dieses Problem bald gelöst wird und unsere KMU gleichlange Spiesse erhalten.

Dieses Problem können Sie thematisieren, wenn Sie im November nach Bern kommen, wo Sie im Kunstmuseum Bern eine Ausstellung der Fürstlichen Sammlung eröffnen.

Ich werde die Ausstellung am 11. November als Vertreter der fürstlichen Familie eröffnen und mit einem Besuch bei Bundespräsident Schneider-Ammann verbinden.

Um diese milliardenschwere fürstliche Kunstsammlung gibt es viele Geschichten und Gerüchte. Fast hätte Ihre Familie die Bilder im Zweiten Weltkrieg verloren.

Es war eine abenteuerliche Aktion, wie unsere Vorfahren die Bilder aus Wien schmuggeln konnten. Die wichtigsten Teile unsere Sammlung waren damals in Wien und Tschechien und durch die Nazis blockiert. Gegen Ende des Krieges 1945 musste sichergestellt werden, dass die Bilder nicht in den später von der Sowjetunion besetzten Gebieten blieb. Es brauchte verschlungene Wege, damit die Nazis ausgetrickst und die Bilder in den Kriegswirren heimlich von Privatleuten in Lastwagen nach Liechtenstein gebracht werden konnten.

Was bedeutet Ihnen die fürstliche Kunstsammlung?

Wir leben mit diesen Bildern hier auf dem Schloss und erfreuen uns jeden Tag an den Kunstwerken. Das ist eine Sammlung, die über Jahrhunderte von unserer Familie geformt wurde. Wir empfinden sie als einen Schatz, den es zu bewahren gilt. Da wir nicht alle Bilder bei uns aufhängen können, wollen wir diesen Schatz mit anderen teilen und als Botschafter für unser Land und unsere Familie nutzen.

Welche Botschaft verbinden Sie mit der Ausstellung in Bern?

Die Ausstellung soll unsere tiefe Verbundenheit mit der Schweiz zum Ausdruck bringen.

Nicht zuletzt wegen dieser teuren Kunstsammlung wird das Fürstenhaus Liechtenstein als reichstes Adelshaus Europas bezeichnet: Stimmt dies?

Ich kenne nicht die Vermögenslagen der anderen Adelshäuser in Europa. Viel hängt auch davon ab, wie die verschiedenen Vermögen bewertet werden. In unserem Fall kann der Wert der LGT Bank leicht ermittelt werden. Bei vielen anderen sind ihre Beteiligungen nicht offen. Es gibt wohl noch reichere Adelshäuser als wir. Aber das spielt keine Rolle. Deswegen haben wir keine schlaflosen Nächte.